

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kr 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Geliefert mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

11. Jahrgang.

Freitag, 27. März 1931

Nr. 74.

## Krisenfürsorge verlängert.

Ebenso Ernährungs- und Milchaktion. —  
Weitere 15 Millionen für produktive Arbeits-  
losenfürsorge.

Prag, 26. März. Der Ministerrat hat heute  
u. a. auf Antrag des Fürsorgeministers Genossen  
Dr. Ezech beschlossen, die Ernährungsaktion für  
Arbeitslose und deren Familien auch im Monat  
April im bisherigen Umfang fortzu-  
setzen, und hat zu diesem Zwecke einen Betrag  
von 12 Millionen bewilligt. Eine weitere  
Million ist zur Fortsetzung der Milchaktion  
für Kinder Arbeitsloser bestimmt.

Zum Zwecke produktiver Arbeits-  
losenfürsorge wurde ferner ein Betrag von  
15 Millionen bewilligt, der zur Unterstützung der  
Gemeinden und Bezirke in den Koistandgebieten  
bei der Ausführung von Koistandsarbeiten be-  
stimmt ist.

Endlich wurde über Antrag des Fürsorge-  
ministers der Verlängerung der Krisen-  
fürsorge um einen weiteren Monat, d. i. bis  
Ende April, zugestimmt. Es handelt sich hier um  
die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung für  
ein drittes Vierteljahr (nach Ablauf der nor-  
malen Arbeitslosenunterstützung durch 26 Wochen)  
für eine Reihe von Arbeitszweigen, die von der  
Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen sind.

Zum Zwecke der Unterstützung notleidender  
tschechoslowakischer Staatsbürger, die dauernd  
im Ausland (vor allem in Oesterreich und  
Deutschland) wohnen, wurde ein Betrag von  
zwei Millionen ausgeworfen.

## Hoffnung auf den Völkerbund.

Paris, 26. März. Der Völkerbund wird  
in der am 18. Mai zusammen tretenden Tagung  
die Legalität der vorbereiteten deutschösterrei-  
chischen Zollunion beurteilen. Es herrscht hier die  
Ueberzeugung vor, daß die französischen, eng-  
lischen und italienischen juristischen Experten  
sowie die der Staaten der Kleinen Entente über  
die Unvereinbarkeit dieser Union mit  
den Verpflichtungen Oesterreichs, wie sie ins-  
besondere das Protokoll Nr. 1 vom Jahre 1922  
enthält, einig sind. Was speziell Deutschland be-  
trifft, beabsichtigt Frankreich — unabhängig von  
den Argumenten gegen Oesterreich — sowohl  
dagegen zu protestieren, daß Deutschland ins-  
besondere die Bestimmungen des deutsch-franzö-  
sischen Handelsvertrages verletzt, die Deutschland  
eine Ausnahme in der Reichsbegünstigungsklausel  
nicht gestattet.

## Auch in Wien Parlamentsdebatte vertagt.

Wien, 26. März. (N.) Amlich wird mit-  
geteilt: Wie schon letzte Woche im Hauptaus-  
schuß, so berichtet heute die Bundesregierung  
in einer Debatte über die Verhandlungen über den  
Stand der Angelegenheit eines Zollabkommens  
mit Deutschland und ersuchte, von einer Bespre-  
chung der Frage in der heutigen Sitzung aus  
ansehenpolitischen Rücksichten abzusehen. Die Par-  
teien führten die Erfüllung dieses Wunsches an.  
Die Regierung wird in dieser Frage mit den  
Parteien weiterhin Fühlung behalten.

## Oesterreich garantiert Schweinepreise.

Wien, 26. März. (N.) Der Nationalrat  
hielt heute eine längere Sitzung ab, in der der  
größte Teil des vorerörterten Programmes er-  
ledigt wurde. Unter anderem wurde ein Antrag  
des Landbundes auf eine Preisgarantie  
von mindestens 2,20 Schilling für  
das Kilogramm Schweinefleisch und  
ein christlichsozialer Antrag angenommen, wonin  
die Regierung aufgefordert wird, durch eine u-  
fassende Revision der Handels-  
verträge eine Regelung der ausländischen  
Zufuhren an Fleischschweinen durch Schaffung  
von Einfuhrkontingenten herbeizuführen, die der  
heimischen Schweineproduktion einen entspre-  
chenden Absatz zu den Beschaffungskosten sichern.

## Das ungarische Budget.

Budapest, 26. März. (N.) Das heute im  
Abgeordnetenhaus eingebrachte Budget für das  
Finanzjahr 1931/32 schließt bei Gesamtausgaben  
von 1.365 Millionen Bengo mit einem Ueber-  
schuß von rund einer Million. Die  
Gesamtausgaben haben sich im Vergleich zum  
Vorjahre um 33,2 Millionen, die Gesamtein-  
nahmen um 35,2 Millionen Bengo vermindert.

## Kurzes Exposee des Außenministers über die Zollunion.

Benes hält die Anrufung des Völkerbundes für richtig und wird  
dessen Entscheidung annehmen. — Debatte vertagt

Prag, 26. März. Im Außenaußschuß des  
Abgeordnetenhauses gab Außenminister Dr.  
Benes heute früh eine kurze Erklärung zur  
deutsch-österreichischen Zollunion ab, an die selbst das  
Ergebn knüpfte, eine Debatte aufzuschieben, bis  
er in der Lage sein werde, dem Ausschuß nähere  
Berichte zu geben. Ganz im ähnlichen Sinne  
äußerte sich übrigens heute der österreichische  
Bundeskanzler im Hauptauschluß des österrei-  
chischen Nationalrats. Dr. Benes führte in  
der Hauptsache aus:

Die Bekanntgabe des deutsch-österreichischen  
Zollabkommens, das bei dem Besuch des deutschen  
Außenministers Dr. Curtius in Wien vertraulich  
abgeschlossen wurde, hat in Europa und in der gan-  
zen Welt begreifliche Erregung und  
Sensation hervorgerufen. Es ist das eine in  
ihren politischen und wirtschaftlichen Folgen weit-  
reichende Sache, für den Fall, daß sie ins Leben  
treten sollte.

Ich will heute über diese Angelegenheit kein  
langes Exposee erlassen, und ich glaube auch  
nicht, daß in diesem Augenblick eine große Aus-  
sprache notwendig ist. Die Dinge sind nicht fertig.  
Es wird über sie bisher verhandelt, und sie werden  
die Regierungen und die öffentliche Meinung der  
interessierten Staaten noch eine Zeit lang beschäf-  
tigen. Wir werden daher Gelegenheit haben, zu  
diesen Dingen sehr ausführliche Stellung zu nehmen.  
Ich erlaube daher den Ausschuß, inzwischen aus  
Sicht der Staatsinteressen mein heutiges kurzes  
Exposee anzuhören, emerleite, damit unser  
Parlament und unsere Öffentlichkeit sehe, daß unsere  
Regierung sich inner- und außenpolitisch mit der  
Frage ernsthaft befaßt und die Interessen anderer Staa-  
tes schon, andererseits, um zu zeigen, daß unsere  
Gesellschaft ruhig und würdig die Entwicklung der  
Ereignisse ohne überflüssige Veräufelungen und ohne  
Verwirrung abwarten kann. Wir sind unserer Sache  
sicher, und auf die verschiedenen Eventualitäten  
vorbereitet.

Die ganze Sache hat drei Seiten, die man  
wobei überhaupt nicht trennen kann: eine  
wirtschaftliche, eine politische und eine interna-  
tionalrechtliche Seite. Von politischen und wirt-  
schaftlichen Standpunkt aus könnte die in diesem  
Blaue angekündigte Konstruktion uns nur dann befriedigen,  
wenn sie im gesamten europäischen Rahmen  
durchgeführt und so angeändert würde, daß sie den  
Interessen aller beteiligten Staaten entspricht.  
Eine beschränkte Konstruktion, wie sie hier vorgelegt  
wird, würde weder unseren politischen, noch unseren  
wirtschaftlichen Interessen entsprechen und würde  
dabei unseren Staat direkt vital ge-  
fährden. Sie könnte auch die Interessen anderer  
Staaten schwer treffen und so nach Mitteleuropa  
weit, weitere, dem Frieden gefährliche Schwere-  
keiten hineintragen. Dabei erhebt sich indirekt die  
politische Frage des Anschlusses, zu der unser  
Standpunkt bekannt ist. Daher können wir diesen  
Plan nicht annehmen.

Nach der juristischen Seite wird mit vollem  
Recht die Frage gestellt, ob dieser Plan nicht die  
Verpflichtung tangiert, die in den Friedensverträgen  
besonders im Vertrag von Saint Germain und im  
Genève Protokoll vom 4. Oktober 1922 über die  
Zanierung Oesterreichs niedergelegt sind. Unsere  
Meinung geht dahin, daß durch die Durchführung  
dieses Planes diese Verpflichtungen ver-

## Gegen die Thüringer Kulturschande.

Weimar, 26. März. Im Haushaltsauschuß  
des thüringischen Landtages kam es dieser Tage  
zu einer lebhaften Fried-Debatte.  
Veranlassung dazu gaben die Theaterstände des  
Landesparlamentes von Fried. Dr. Jiegler. Jiegler ist  
Redakteur an dem Weimarer Nazi-Blatt und  
nichtamtlicher Sachberater des Herrn Fried für  
Theaterfragen. Für diese Tätigkeit erhält er  
monatlich 200 Mark.

Auf Veranlassung Jieglers sind in letzter  
Zeit mehrere Künstler mit jüdischem Aussehen  
oder ausländischen Namen vom Nationaltheater  
in Weimar entlassen worden. So u. a. der bis-  
herige Generalmusikdirektor, weil seine  
Frau eine Jüdin ist. Außerdem ist das  
Deutsche Nationaltheater auf Veranlassung Jie-  
glers fortgesetzt zu nationalsozialistischen Partei-  
veranstaltungen benutzt worden. Die Nazis  
benutzen das Theater mit besonderer Vorliebe,  
weil hier die verfassunggebende Nationalver-

leiht wurden. Ich glaube daher, daß auf der Be-  
ratung der Außenminister Henderson und  
Briand richtig dahin entschieden wurde, daß so-  
wohl aus politischen, wie aus juristischen Gründen  
diese Frage dem Völkerbundrat zur Überprüfung  
vorgelegt werden muß. Ich glaube, daß in Vert  
gericht und politisch vernünftig entschieden werden  
wird. Es geht hier um eine große Sache, für die  
Ruhe und den Frieden Europas

Wir werden die Genter Lösung, die sicher euro-  
patisch sein und dem Interesse Europas ent-  
sprechen wird, und nicht lokal begrenzt und mit  
den Interessen einer Seite unabweisend, gern  
annehmen. Es liegt das ganz in der Linie  
unserer Außenpolitik.

Unseren Standpunkt haben wir nach gründlicher  
Erwägung festgelegt. Ich möchte hier nur kon-  
statieren, daß die Regierung der Staaten der Klei-  
nen Entente in ihrer Ansicht über die ganze Frage  
sehr vom ersten Augenblick an vollkommen  
einig waren, daß wir auch mit der französischen  
Regierung einhellig vorgegangen sind und daß  
wir voll mit dem Vorgehen der britischen Regierung  
übereinstimmen, die gemeinsam mit der französischen  
Regierung die Angelegenheit dem Völkerbund vor-  
legen will.

In dieser Erklärung möchte ich aber betonen,  
daß unsere Regierung aufständig bedauert  
hat, daß in der neuen Angelegenheit, welche so  
viel um und eine Reihe anderer Staaten betrifft,  
und die in Europa, man kann sagen, wirklich eine  
Krisensituation hervorgerufen hat, ein Vorgang ge-  
schah, der nicht dem Geist entspricht, der durch  
den Völkerbund im Bereiche zwischen den europäischen  
Staaten eingeführt wurde, und daß namentlich in  
einem Zeitpunkt, wo wir, daraneben, eine günstige  
Atmosphäre für die künftige Arbeitslosenunter-  
stützung schaffen, in die internationale Situation diese  
schweren Schatten fielen. Ich glaube, daß diese  
Schatten im weiteren Verlauf der Ereignisse ver-  
schwinden werden. In jedem Fall möchte ich  
konstatieren, daß die Unterredungen, die wir  
über diese ganze Frage mit den Vertretern der  
deutschen und der österreichischen Regierung  
hatten, in freundschaftlichem Geist und Ton ge-  
führt wurden und daß ich hoffe, daß die freunds-  
chaftlichen politischen Beziehungen unserer  
Staaten dadurch nicht leiden werden.

Der Entwicklung der Ereignisse entsprechend  
werde ich mir erlauben, unserem Parlament weitere  
Berichte zu geben. Ich will nur betonen, daß gerade  
durch die gegenwärtige Entwicklung der Dinge  
unser öffentliche Interesse in besonderer Weise  
betreffet. Die Regierung wird alle diese Fragen ständig und  
voll im Auge behalten, sie wird ihre inner- und  
außenpolitischen Vorbereitungen treffen und wird  
auf alle Eventualitäten vorbereitet sein.

Nach der Rede des Außenministers war es  
die größte Sorge der Kommunisten, sofort die  
Eröffnung der Debatte zu verlangen. Benes  
betonte, daß er durchaus nicht gegen eine De-  
batte sei, doch erlaube, sie zu verschieben, bis er  
Näheres berichten könne. Der kommunistische  
Antrag wurde sodann abgelehnt. Der Vor-  
sitzende Genosse Tomasek betonte aber, er werde  
dafür sorgen, daß in einer der nächsten Sitzun-  
gen, womöglich schon in der nächsten, der Aus-  
schuß die Debatte eröffnen könne.

Die Sozialdemokratie protestierte lebhaft  
gegen die unerhörte Beschimpfung deutscher  
Männer und Frauen, die der Nationalparlament  
angehört haben. Auf ihren Antrag wurden  
zwei Entschuldigungen angenommen, die sich  
gegen die Kunstpolitik Fried und den Mißbrauch  
des Deutschen Nationaltheaters durch die Nati-  
onalsocialisten richteten. Angenommen wurde ferner  
mit den Stimmen der SPD, der Volkspartei und der  
Kommunisten folgender völksparteiliche Antrag:  
„Die Landesregierung wird beauftragt, den von  
dem Herrn Volksbildungsminister als Sach-  
berater für Kunstangelegenheiten berufenen Dr.  
Jiegler unverzüglich aus seiner Tätig-  
keit zu entfernen.“

## Benes hat gesprochen!

Minister Benes hat gestern im Außen-  
auschluß des Abgeordnetenhauses die mit  
Spannung erwartete Rede über die Stellung  
der Tschechoslowakei zum deutsch-österreichi-  
schen Zollunionsvertrag gehalten. Diese Rede  
brachte nicht die Sensation, die wohl mancher  
erwartet hat. Es muß vielmehr anerkannt  
werden, daß die Ausführungen des Außen-  
ministers in einem sachlichen und ruhigen  
Ton gehalten waren und daß der Minister  
bemüht war, nicht noch mehr Öl ins Feuer  
zu gießen. Aufschneidend hat der Minister des  
Außen selbst eingeschoben, daß ruhige Herzen  
auch in der Diplomatie notwendig sind.

Benes hat sich sogar in der Rede bemüht,  
an die Adresse Deutschlands und Oesterreichs  
ein paar freundliche Worte zu sagen. Hätte  
sich das der Minister in jedem Stadium  
diplomatischer Auseinandersetzungen und in  
allen seinen Äußerungen in den letzten Tagen  
vor Augen gehalten, wäre das für die Erhal-  
tung der freundschaftlichen Beziehungen zu  
Deutschland und Oesterreich zweifellos von  
besserer Wirkung gewesen als die aufgeregten  
Worte, die man sowohl von dem verantwort-  
lichen Leiter unserer Außenpolitik, als auch  
von der tschechischen Presse — vielleicht mit  
der einzigen Ausnahme des Organes der  
tschechischen Sozialdemokraten — zu hören be-  
kam. Immerhin ist es nützlich und lobens-  
wert, daß der Herr Minister des Auswärtigen  
wenigstens nach den Erfahrungen, die er in  
den letzten Tagen gemacht hat, zu dieser Er-  
kenntnis gekommen ist.

Gewiß kann man nach der andern Seite  
hin bemerken, daß die Form, in der es zur  
Veröffentlichung der deutsch-österreichischen  
Bläne gekommen ist, in der auswärtigen Poli-  
tik nicht üblich ist und daß zu jeder diploma-  
tischen Aktion eine gewisse Klugheit und ein  
gewisser Takt erforderlich sind, daß jede Aktion  
in der Außenpolitik sorgfältig vorbereitet werden  
muß, weil sie sonst leicht Mißtrauen erregen  
kann. Aber selbst wenn man dem Minister in  
diesem Punkt Recht geben wollte, müßte man  
dabei doch bedenken, wie die beiden deutschen  
Staaten in Europa, die nun den Weg der  
Selbsthilfe betreten haben, behandelt wurden,  
daß man insbesondere Oesterreich zur Ver-  
weigerung gezwungen und daß man seine Klagen  
betreffs die Unmöglichkeit der wirt-  
schaftlichen Verhältnisse im Lande gleichgültig  
überhört hat.

In sachlicher Beziehung teilte der Mini-  
ster mit, was man aus den Zeitungen schon  
weiß, daß der deutsch-österreichische Vertrag  
vor den Völkerbund gelangen wird. Gewiß ist  
durch Einfahren Hendersons, das den  
wohlthätigen Einfluß der englischen Arbeiter-  
partei auf die europäische Politik und auf den  
europäischen Frieden offenbar, Zeit gewon-  
nen worden und die ganze Angelegenheit wird  
nicht in einer Atmosphäre der Erregung son-  
dern in einem ruhigeren Milieu erledigt wer-  
den. Immerhin muß es sonder-  
bar an, daß der Völkerbund, der  
ruhig zugehört hat, wie die Fülle in Europa  
immer mehr hinaufkletterten und die euro-  
päische Wirtschaft dadurch immer mehr zer-  
stört wurde, nun deswegen eingrei-  
fen soll, weil zwei Staaten sich  
unterfangen, die gegenseitigen  
Fülle herabzusetzen. Soll etwa der  
Völkerbund, dessen Aufgabe es doch auch ist,  
die wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten  
zu erleichtern und zu verdichten, diese Zoll-  
herabsetzung verhindern? Daraus erwacht  
Europa und insbesondere den sozialistischen  
Parteien die Pflicht, dahin zu wirken, daß der  
Völkerbund den Aufbau einer einheitlichen  
europäischen Wirtschaft, wenn schon nicht för-  
dert, so doch wenigstens nicht stört.

Gewiß verkennt der Außenminister nicht  
den Ernst der Situation und die große Be-  
deutung, welche die kommenden Monate für  
die wirtschaftliche Zukunft der Tschechoslowa-  
kischen Republik haben. Aber er hätte doch  
sagen müssen, — und das ist das Entschlei-  
dende — was weiter geschehen soll.



### Schäffliches Berammungsoverbot.

Dresden, 26. März. Das Ministerium des Innern verbietet auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung für das Gebiet des Freistaates Sachsen alle Versammlungen, Umzüge und sonstigen demonstrativen Veranstaltungen unter freiem Himmel zunächst für die Zeit vom 29. März bis 7. April wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Er hätte mutig bekennen müssen, daß in die europäischen Zollmauern Breche gelegt werden und daß sich die Tschechoslowakei irgendwie in das mitteleuropäische Staatensystem wirtschaftlich eingliedern muß. Wir hoffen, daß Venes die Antwort darauf recht bald erteilen wird, zumal er versprochen hat, das Parlament fortlaufend über den Stand der Angelegenheit zu informieren. Die Aufgabe der tschechoslowakischen Außenpolitik kann nicht sein, jeden Augenblick die Großmächte gegen Deutschland und Österreich zu mobilisieren, weil das mit dem freundschaftlichen Verhältnis zu den beiden deutschen Republiken, auf das doch der Minister hoffentlich selbst Wert legt, unvereinbar wäre. Wir müssen uns vielmehr bemühen, die unhaltbaren wirtschaftlichen Zustände in Mitteleuropa zu beseitigen oder wenigstens einen Weg zu zeigen, der aus diesen Mißverhältnissen herausführt. Unsere Aufgabe besteht nicht darin, Deutschland und Österreich in den Rücken zu fallen, sondern wir müssen positiv zeigen, wie wir in das mitteleuropäische Chaos Ordnung bringen wollen.

Venes hat von der Beunruhigung gesprochen, die in Europa in den letzten Tagen herrschte. Das mag sein, aber es wird in Europa und insbesondere in Mitteleuropa noch viel mehr Unruhe hervorrufen, wenn die defizitären wirtschaftlichen Verhältnisse von heute bestehen bleiben. Wichtig ist, daß Europa ein Ganzes ist und daß nicht zwei Staaten allein an die Besserung der europäischen Verhältnisse schreiten können. Aber man kann das Lebensrecht zweier Seiten nicht bestreiten, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um auf friedlichem Wege sich selbst zu helfen. Bisher haben alle Mittel verjagt: Der Völkerverbund, die Staatsmänner, die Wirtschaftspolitiker, denen es nicht gelungen ist, eine bessere Ordnung der europäischen Wirtschaft herbeizuführen. Man darf sich also nicht wundern, wenn zwei Staaten auf eigene Faust vorgehen.

Es wird für unseren Außenminister und noch mehr für die Tschechoslowakische Republik von Vorteil sein, wenn er und mit ihm die offizielle Außenpolitik aus den Ereignissen der letzten Tage etwas gelernt haben werden. Die Erfahrungen, die man da geschöpft hat, dürfen nicht so bald vergessen werden und vor allem müssen wir in unserer Außenpolitik den einen Gedanken festhalten: Unsere Aufgabe ist es nicht, die wirtschaftliche Neuordnung Europas zu behindern, sondern sie zu fördern und an ihr tatkräftig mitzuarbeiten. Das gebietet uns das Lebensinteresse unserer Bevölkerung.

## Arbeitsbeschaffung als dringendstes Gebot.

### Genosse Palme spricht zu den wasserwirtschaftlichen Vorlagen.

Prag, 26. März. In fast neunstündiger Sitzung bewältigte heute der Senat die Debatte über die beiden wasserwirtschaftlichen Vorlagen, zu denen nicht weniger als vier Referenten und sechzehn Redner sprachen. Die Abstimmung wird erst in der morgigen Sitzung vorgenommen werden.

Bei dieser Gelegenheit ergriff Genosse Palme, der Nachfolger Dominik Löws, heute zum erstenmal im Senat das Wort, um in einer durch ihre ruhige Sachlichkeit wirkenden Rede mit großem Nachdruck auf ausreichende Hilfsmaßnahmen für unsere Arbeitslosen und Kurzarbeiter einzutreten und die heute üblichen Expressemethoden unserer Unternehmer zu brandmarken. An die Agrarier richtete sich sein Appell, aus den heute klar zutage liegenden Zusammenhängen zwischen Konsumkraft der Massen und Abgang der landwirtschaftlichen Produkte die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Genosse Palme führte u. a. aus:

Die Bildung des staatlichen Fonds für wasserwirtschaftliche Meliorationen berührt wohl in erster Linie mehr landwirtschaftliche Interessen, ist aber auch volkswirtschaftlich in der jetzigen Wirtschaftskrise von eminentester Bedeutung. Die Ausgabe von 3 1/2 Milliarden K in zehn Jahren ist ein Betrag, der, zur Wiederbelebung unserer darniederliegenden Volkswirtschaft verwendet, von welttragender Bedeutung werden kann.

Die größten Konsumentengruppen im Staate sind vor allem die Arbeiter und Angestellten, die kleinstwirtschaftlichen Betriebe und die kleinen Geschäftseure, die alle heute unter den trostlosen Wirtschaftsverhältnissen am meisten leiden.

Es muß daher unsere erste und wichtigste Aufgabe sein, alle Mittel und Wege zu erschöpfen, um diesen und insbesondere den Hunderttausenden Arbeitslosen, die wir heute haben, zu helfen und sie in den Produktionsprozess einzufügen. Aber auch muß es unsere heiligste Aufgabe sein, daß die vielen Tausenden Kurzarbeiter wieder voll beschäftigt werden können.

Wenn wir diesen Weg betreten, dann wird sowohl der Geschäftswelt geholfen, als auch der Landwirtschaft ein besserer Absatz ihrer Produkte gesichert sein.

Die jetzige Wirtschaftskrise kann natürlich nicht auf die Weise überwunden werden, wie es sich unsere Unternehmer vorstellen.

Der Rationalisierungsprozess wird von ihnen in der wohlmeinlichsten Art und Weise weiter betrieben und dadurch die Zahl der Erwerbslosen ins Ungemessene gesteigert. Dazu kommen noch die von den Unternehmern mit geringen Ausnahmen mit Gewalt und Brutalität durchgeführten Lohnreduzierungen, wodurch der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung völlig untergraben wird.

Ich will das hier nur an zwei Beispielen illustrieren. Nach ziemlich schweren Verhandlungen wurde in der Porzellanindustrie ab 1. März der Lohn der gesamten Arbeiterschaft, das sind 14.000 Arbeiter und Arbeiterinnen, um 4 Prozent reduziert. Seltener hatten die Unternehmer eine Reduzierung um 6 Prozent akzeptiert, waren sie so großzügig, für Arbeitslosenunterstützungen 120.000 K zu spenden. Wenn man bedenkt, daß durch diese Lohnreduzierung ein Betrag von mindestens 3 1/2 Millionen im Jahr weniger ausgezahlt wird, so werden Sie begreifen, daß die Unternehmer bei diesem Handel ein glänzendes Geschäft gemacht haben!

Dieselben Kämpfe spielen sich heute in der Glasindustrie ab. Seit Wochen dauern die Verhandlungen im Haidach Bezirk. Sie führen zu keinem Resultat; die Unternehmer bestehen einfach auf ihrem Diktat, trotzdem die Differenz derzeit nurmehr ganz gering ist. Daß hier eine Organisation nicht mitwirken kann und das ablehnen muß liegt klar auf der Hand!

Es es da ein Wunder, wenn unsere Geschäftsleute über mangelnden Absatz klagen und die Landwirte ihre Produkte nicht so absetzen können, wie sie gerne möchten?

Verbraucher wären im Lande genug, leider fehlen ihnen die dringend notwendigen Mittel, um sich auch nur das zum Leben Notwendigste anzuschaffen! Wohin solche Zustände führen müssen, das wissen die Götter!

Eine Überwindung und Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme kann meiner Ansicht nach nur in einer

sozialistischen Umstellung der ganzen Produktion erfolgen. Bevor es aber so weit kommt, muß man doch wie in den gegenwärtigen Zeiten auch mit anderen Maßnahmen versuchen, Erleichterungen zu schaffen. Vor allem wird es eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein, den Kampf der Arbeiterschaft darauf zu konzentrieren,

die Arbeitszeit allgemein zu verkürzen, damit es möglich wird, wenigstens einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern.

Die Durchführung der Aufgaben, die in den beiden Gesetzesvorlagen vorgesehen sind, darf nicht von nationalen Momenten, sondern nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus bestimmt werden. Es muß getrachtet werden, diese Arbeiten in erster Linie überall dort in Angriff zu nehmen, wo seit Jahren die Not der Bevölkerung am allergrößten zu verspüren ist. Wo das ist, brauche ich hier nicht zu erwähnen! Ich will bei dieser Gelegenheit auch die Hoffnung ausdrücken, daß der bekannte bürokratische Amtsschimmel keine allzu großen Sprünge macht, um diese Arbeiten zu verzögern oder unmöglich zu machen.

Man rechnet damit, daß bei dem Stande dieser Meliorationsarbeiten jährlich 45.000 Hektar Grund melioriert werden könnten. Dadurch wird die landwirtschaftliche Produktion eine bedeutende Steigerung erfahren, die sicherlich einen Abgang im eigenen Lande finden könnte, wenn es gelänge, den Arbeitern wieder volle Beschäftigung zu ermöglichen. Man sieht hier, wie enge die Interessen der Landwirtschaft mit denen des Industrie-Proletariats zusammenhängen!

Was die Schiffbauindustrie von Häfen und die Errichtung von Talsperren anlangt, will ich hervorheben, daß deren Durchführung in der vorgezeichneten Weise für unsere Volkswirtschaft sicherlich von großem Vorteil sein kann. Daß auch die Eger und die March unter bestimmten Voraussetzungen für ihre Schiffbauindustrie mit in die Vorlage aufgenommen wurden, läßt mich hoffen, daß diese Voraussetzungen recht bald geschaffen und mit dem Bau begonnen werden kann. Sicher wäre es mir allerdings gewesen, wenn man ohne Schöpfung jener Voraussetzungen von vornherein alle derartigen Projekte mit in die Vorlage aufgenommen hätte!

Eine schlimme Verdrängung in die Vorlage hat unsere wichtigste Wasserstraße, die von Kuffitz bis zur Landesgrenze, gefunden. Abgesehen davon, daß diese Niedrigwasserregulierung erst 1937 bis 1941 durchgeführt werden soll, ist

auch der eingeleitete Betrag von 90 Millionen zu niedrig bemessen. Unsere wichtige Wasserstraße würde weit mehr Veranschlagung finden. Endlich möchte ich noch betonen, daß der in der Vorlage vorgesehene Betrag einen bestimmenden Einfluß darauf erhalte, in welcher Art und Weise die Mittel dieser Fonds auch Verwendung finden.

Wir sind uns der Mängel der beiden Vorlagen wohl bewußt, werden aber im Interesse der gegenwärtigen Wirtschaftslage und weil wir hoffen, daß durch die Vorlagen unsere Wirtschaftslage doch eine gewisse Erleichterung erfahren wird, für beide Vorlagen stimmen. (Lebhafte Beifall)

Zwei deutschbürgerliche Redner, Feiler und Scholz (B. d. L.) brachten die Forderung zur Sprache und forderten Umgruppierung unserer Außenpolitik im Sinne des Anschlusses an die Foklunion. Scholz erklärte, man treibe durch den Widerstand gegen die Foklunion Deutschland den Russen in die Arme, und malte diese Folgen in schwarzsten Farben aus.

Havlin (Nat. Dem.) polemisierte dagegen, daß dieses Thema bereits jetzt aufgerollt werde: Bichl (Nat. Soz.) und Ing. Patis (Rep.) streiften dieses Gebiet nur ganz von weitem. Die sonstigen Redner gingen auf die Foklunion überhaupt nicht ein.

Nächste Sitzung morgen, Freitag, halb 10 Uhr.

### Das Gemetzel von Campur.

New Delhi, 26. März. (Reuter.) Aus Campur, wo gestern blutige Zusammenstöße mit der Polizei stattfanden, ist es infolge der strengen Zensur nicht möglich, Nachrichten über die Zahl der Opfer zu erhalten. Man nimmt jedoch an, daß wenigstens 50 Personen, und zwar Indier, Mohanmedaner und auch einige Europäer den Tod fanden. In den Straßen liegen Leiche und Schwerverwundete. Zahlreiche Häuser stehen in Flammen.

### 25 Tote bei einem Scharmügel.

Rangoon, 26. März. Aus der Gegend von Tharrawaddy wird ein Wiederaufleben der Aufstandsbebewegung gemeldet. In Scharmügel mit der Polizei wurden 25 Rebellen getötet und mehrere verletzt.

### Volkspartei gegen Nationalsozialisten.

Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen in Thüringen.

Weimar, 26. März. Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei Thüringens trat hier zusammen, um zu der politischen Lage in Thüringen Stellung zu nehmen. Nach einem Bericht des fraktionsvorsitzenden Abgeordneten Dr. Wismann, über die jüngste Entwicklung in der thüringischen Politik, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der der Landesausschuß die entschiedene Haltung der Landesregierung in der Abwehr nationalsozialistischer Ansprüche, insbesondere die Aufhebung der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten, billigt.

Nach Annahme dieser Entschließung erklärte Dr. Wismann, daß es für die Deutsche Volkspartei keine andere Möglichkeit gebe, als durch die Zustimmung zu den eingebrachten Mißtrauensanträgen gegen die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder die Nationalsozialisten aus der Regierung in Thüringen auszuschalten.

## Die goldene Galerie

Ein Roman aus der Filmindustrie. Von Iris Rosenfeld.

Copyright 1930 by U. Goubiße Verlagshandlung, Gera.

Auch in die Lichtspieltheater sickerte dieser Kampf. Ob sie standen über der Politik und über dem Streit des Tages, sie dienten ewiger, reiner Kunst. Aber auf ihren weißen Altären erschienen Bilder, die verwehte Tage vertärten, verronnene Zeiten wiederaufleben ließen, um Sehnsucht nach ihrer Wiederkehr zu wecken. Aus der überhitzten Atmosphäre des politischen Kampfes überhoben die Menschen zu den weißen Altären dort war es begablicher, als in den Wahlversammlungen, dort sprach die Rot des Tages einmal nicht so grell entgegen, dort war Vergessenheit, Traum, Überwindung des Daseins; dort war alles, was man ersehnte, erkämpfte und draußen, zwischen den Steinquadern der Stadt und vor den eisernen Rädern der Maschinen nie errang. So wunderbar fern war man dort von allem Dunklen und Müheligen. Stiller, heitler war es vor diesen Altären. Gemächlicheren Zeiten spiegelten sich in ihnen. Das Herz konnte sich wieder mit Träumen anfüllen, die Sehnsucht, die ins Grenzlose schwebte, bekam Richtung und Ziel.

Richtung ins Gestrorn. Das Gestrorn als Ziel. Und so gingen die Menschen zur Urne.

Sie sahen einen armen, armen Koffer, der die Schusterstochter liebte, aber nicht heiraten durfte; sie sahen einen milden und gütigen Fürsten, der unfreier und unglücklicher war als der geringste seiner Untertanen. Und gingen zur Urne.

Sie sahen elegante Offiziere bei Manövern und im Kasino, John Bolters, strahlend und lächelnd, Hermann Eiders, den Arm voll Blumen, wie lustig war doch diese Zeit, das Soldatenleben; auch, daß es wiederkäme! Und gingen zur Urne.

Sie sahen den weisen Breitenkönig, menschenfreundlich trotz seiner rauhen Schale, erhaben und groß, obgleich er wie ein widerliches Insekt durch die Brunnkränze von Potsdam schlich; sie sahen ihn als Meister der Staatskunst und als großen Feldherren ein mächtiges Reich schmieden, alle Feinde niederwerfen und sein Volk ins Paradies führen. Und gingen zur Urne.

Sie sahen Grafen, die Rähmädchen heirateten, arme Teufel, die ihren Weg machten, Vandalen wurden, schöne Frauen heirateten, Autos, Villen, unerlöschliche Schokoladentouren besaßen. Und gingen zur Urne.

Sie sahen eine Welt, die nicht mehr verbessert werden konnte. In der das Gericht immer gerecht war, die Tugend immer belohnt, das Laster immer bestraft wurde, vorwärts kam, wer fleißig tadelte, erhaben wurde, wer bescheiden blieb und fromm diente, erniedrigt und zerschmettert wurde, wer eigensinnig und aufreißerisch dachte. Wenn diese Welt erhalten wurde, müßte der Himmel auf Erden kommen. Und sie gingen zur Urne.

Sahen es, glaubten es, mühten es glauben, denn es stimmerte dort oben schwarz auf weiß, unzweifelbar, lebendig wahr. Und gingen zur Urne.

In tausend Kinos wurden Wochen hindurch, Abend um Abend, die rasenden Bilderfluchten — oh, sie hatten nichts mit Politik zu tun, sie waren reine, hehre, ewige Kunst — worden für die die die Welt beherrschten und weiter beherrschen wollten.

Abwärts, in keinen Sälen, im Dorf draußen, vor wandernden Apparaten, wurde eine andre Welt gezeigt. Die Welt, wie sie war: der Kampf gegen Not, gegen Unrecht und Gewalt. Arm war diese Flamme des Jorns, gering waren diese Filme an Zahl neben den Millionen Kilometern liegenden Filmbandes, die durch die Projektoren der Kinosäle liefen. Hinter diesen armen und kleinen Sälen stand nicht das Geld der Stahlmagnaten und Kanonenfabrikanten, der Gruben-

besitzer und Schiffsherren, hinter ihnen stand nur der Kampfwille einer Klasse, die nun auch mit der tausendjährigen, stummen Sprache der atemlos jagenden Bilder hinausrief, wofür sie rang. Oh, sie hatte keine Sprechapparate, sie war weit zurück in der Zeit, aber in dem kleinen Orchester, das ihre kleinen Filme begleitete, brachen Melodien auf, die die Säle zum Ozean machten, die die Herzen entfachten und die Rehlen mitrisen zu tausendstimmigem Gesang.

In wenigen, keinen Sälen, kein Klang der Arbeiterorchester, nur von Begeisterung umbrannt, die Wahrheit.

In tausend leuchtendsten Palästen beim Klang bohrender Worte, bei den Klutwellen der niederdröhnenden Musik unsichtbarer Riesenorchester die — Unterhaltung.

Sie war besser.

In den Palästen fiel kein politisches Wort. Es war unnötig. Viel kein Wort über die Wahl. Es hätte nur geschadet. Dort war man geschickter, dort war man ja nicht nur gestern und heute.

Dort war man immer.

Einer entzog sich diesen tausendfach ausgewählten Tagen, reitete aus diesem allgemeinen Kampf sich auf die kleine Insel seiner eigenen Existenz, die nicht weniger umstritten war: Mandelberg.

Eldrid hatte ihn in den Vorarbeiten zu einem neuen Film verlassen. Die Verträge waren geschlossen, das Atelier gemietet, das Buch bereit. Der Film müßte gedreht werden. Sein neuer Regisseur — er hatte wieder einen neuen, er wechselte sie von Film zu Film, nie wieder bescherte das Glück ihm einen Wandernmann — brachte ein kleines Mädel, mit frecher Stupsnase, eine Operettenstatistin und angeblich ein großes Talent. Sie brach in die Mandelberg-A-G. ein wie ein Eroberer mit seinen Soldaten in friedliches, ahnungsloses Gebiet einbricht. In wenigen

Tagen stand das Bureau auf dem Kopf. Der alte Dramaturg, seiner Arbeit müde, des Kampfes müde, tanzte nach ihrer Peise, den Regisseur hatte sie vollständig in der Nacht und Mandelberg leistete nicht lange Widerstand.

Sie spielte in dem neuen Film eine junge Aristokrat, sie kam in dem Reitskostüm, das sie in der Rolle trug, ins Büro, die Gerte in der Hand, schlug auf den Tisch, kommandierte, ein Nichts, eine Fliege, die man mit einer Handbewegung wegschuchen hätte können — wenn die Kraft dazu gereicht hätte.

Mandelbergs Koffer reichte nicht mehr. Endlose Nächte mühte er mit seinen Geschäftspartnern konferieren, dukende flehende Briefe gingen an seine Vertragsfirmen ins Ausland, um die Einwilligung zur Umbelegung der Hauptrolle zu erlangen. Er rief sich selbst in schmelzerisches Pathos hinauf, um die schauspielerischen Vorzüge des neuen Stars zu preisen; sie war unvergleichlich, arme Nichtssozialistinnen waren alle vor ihr, es sei ein Gewinn für den Film, daß nicht mehr Eldrid Alexia die Hauptrolle spielte. Endlich kam die Einwilligung: widerstrebend wurde sie gegeben, das Pathos war verächtlich, ein kariere-lüsteres Mädel hatte wohl dem Alten den Kopf verdreht.

Die Probeaufnahmen fielen böß aus, doch der Regisseur fand sie blendend. Die Kleine, Mia Angela nannte sie sich, übertrieb demagogisch, überhörte alle Warnungen, fügte sich in keine Szene, spielte Solo, spielte sich, war nur von einem unwiderstehlich alle Hindernisse niederrennenden Ergei, geheil. Vorwärts warf sie in den Wind.

„Ich habe die gestrigen Aufnahmen gesehen, Mia“, sagte Mandelberg. „Es geht nicht so weiter. Die Szenen müssen nochmals gedreht werden. Du wirfst mir das ganze Manuskript um. Du lernst den Text nicht. Die Wiederholung kostet Geld, versteht du das nicht? Du richtest mich zugrunde.“



# Benzinsteuer und Straßenfond noch vor Ostern

### Nach mancherlei Schwierigkeiten in den Ausschüssen angenommen.

Prag, 26. März. Heute früh kam es im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses zu einem Zwischenfall, der eine zeitliche Dispositionen für den Rest der vorrätigen Tagung zu bedrohen schien, dann aber am Abend schließlich wieder beigelegt wurde. Die Wirtschaftskommission hatten sich gestern über die unrichtige Benzinsteuervorlage endgültig geeinigt und einer Reihe von Abänderungsanträgen aus Koalitionskreisen zugestimmt. Im Budgetausschuss referierte heute vormittags der tschechische Agrarier Teypl auch über diese Änderungen, beantragte dann aber nach einem Gespräch mit einem Klubkollegen, der Ausschuss möge eine Fristverlängerung um vierzehn Tage verlangen, um diese neuen Änderungen eingehend studieren zu können. Das hätte eine Verschiebung der Vorlage bis nach Ostern bedeutet. Für diesen Antrag ergab sich eine Mehrheit, worauf der Vorsitzende Genosse Kemeš die Sitzung schloss. Damit war auch die Beratung der Straßenfondsnovelle im Verkehrsausschuss lahmgelegt, da die beiden Vorlagen so eng miteinander zusammenhängen. Auch der Verkehrsausschuss unterbrach daher die Verhandlungen, nicht ohne daß vorher von einer Reihe von Rednern, darunter namentlich der tschechischen Genossen, an dem unbegründeten Vorgehen der tschechischen Agrarier scharfe Kritik geübt worden wäre. Man wies namentlich auf die schädlichen Folgen hin, die aus der weiteren Verschiebung dieser Vorlage für die so dringende Arbeitsbeschaffung für zehntausende Arbeitslose entstehen könnten.

Als unter diesen Umständen das Plenum am Nachmittag zusammentrat, auf dessen Tagesordnung die beiden Vorlagen bereits standen, mußte eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen werden. Nach der Neuwahl der Mitglieder des Ständigen Ausschusses wurde die Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen. Inzwischen sollte die Sitzung des Ministerrates Klarheit über das Schicksal der beiden erwähnten Vorlagen schaffen. Der Ministerrat beschloß auch, auf der Verabschiedung der Vorlagen in der gestern beschlossenen Form zu beharren. Die im Parlament kolportierte Meldung, daß die Agrarier die Vorlagen mit der Erledigung ihres Initiativantrages auf obligatorische Beimengung von Spiritus zum Benzin für den Betrieb von Motorfahrzeugen hätten junktimieren wollen, entspricht nach unseren Informationen nicht den Tatsachen.

Nachdem dieser Beschluß bekannt worden war, wurden nach zweistündiger Pause die Plenarverhandlungen des Abgeordnetenhauses wieder aufgenommen und noch eine Reihe von Immunitäten erledigt, wobei Herr Stern für die heutige Sitzung ausgeschlossen werden mußte.

Am Abend traten dann noch die Ausschüsse zusammen, die die beiden Vorlagen schließlich in der von den Wirtschaftskommissionen ausgearbeiteten Form annahm. Beide Vorlagen werden demnach noch diese Woche vom Abgeordnetenhause verabschiedet werden.

Die Änderungen an den Vorlagen, die die Ausschüsse schließlich vornahmen, sind in der Hauptsache folgende:

Die Steuer von Motorfahrzeugen, die seitzeitig durch das Gesetz über den Straßenfond eingeführt wurde, soll um 30 Prozent herabgesetzt werden; da hierdurch der Straßenfond geschädigt würde, wird sein Anteil an dieser Steuer von 60 auf 70 Prozent erhöht. Sollte der Ertrag der neu eingeführten Benzinsteuer 130 Millionen übersteigen, so soll der Überschuss zum weiteren Abbau der Steuer von Motorfahrzeugen bis zu ihrer völligen Aufhebung verwendet werden. In die Benzinsteuer werden auch die Schwerele, die bisher unbesteuert blieben, mit einem Satz von 15 Heller, von 100 einbezogen, ebenso Benzol. Die Steuer von Leichtbenzin wird auf 15 Heller herabgesetzt für stabile Motoren (wie bisher), ferner für Flugzeugmotoren und für landwirtschaftliche Traktoren. Ein Mißbrauch dieser Begünstigung soll außer durch Gefälligstrafen noch dadurch hinausgehalten werden, daß im Übertretungsfalle der Fahrer des betreffenden Fahrers auf bestimmte Zeit, im Wiederholungsfall für immer, eingezogen werden kann.

### Die Wahl des Ständigen Ausschusses

ergab folgendes Resultat: tschechische Agrarier drei Mitglieder und zwei Ersatzmänner, tschechische Sozialdemokraten und Nationalsozialisten je zwei Mitglieder und zwei Ersatzmänner, tschechische Liberale ein Mitglied und zwei Ersatzmänner. Je ein Mitglied und einen Ersatzmann stellen: Deutsche Sozialdemokraten, Bund der Landwirte, Deutsche und slowakische Liberale, Kommunisten, Nationaldemokraten, tschechische Gewerbetreibende. Die deutschen Nationalsozialisten stellen ein Mitglied, die Deutschnationalen den dazugehörigen Ersatzmann. Von unserer Fraktion gehören dem Ständigen Ausschuss die Genossen Bohal als Mitglied und Hakenberg als Ersatzmann an.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um halb 6 Uhr abends kam es zu Zwischenfällen mit den Kommunisten, die in Zusammenhang mit einer Debatte über die deutsch-österreichische Zollunion erzwungen wollten, obgleich der Außenminister selbst im Einvernehmen mit den Regierungsparteien mit Rücksicht auf die noch schwachen Verhandlungen um eine Verschiebung der Debatte ersucht hatte und die Debatte selbst zu keinen Resultaten hätte führen können, da heute die Situation noch völlig ungeklärt ist. Die Kommunisten aber wollten ihren Justamentstandpunkt durchsetzen, und so begann zunächst Herr Kopeck bei einem Immunitätsfall die Zollunion aufs Tapet zu bringen. Kopeck ließ ihn eine Weile reden, ermahnte ihn dreimal, zur Sache zu sprechen, und entzog ihm schließlich, nachdem auch die Redezeit abgelaufen war, das Wort. Dasselbe wiederholte sich noch mit dem Herrn Dr. Stern, nur daß Kopeck freiwillig das Feld räumte, während Stern sich auch durch den Wortentzug nicht stören ließ. Der Vorsitzende schloß hierauf Stern von der heutigen Sitzung aus und unterbrach die Sitzung, als Stern immer noch nicht sich fügen wollte. Daraufhin gab es eine Beratung bei den Kommunisten, die dann in der Pause unter ein paar drohenden Juristen abgingen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung genehmigte das Haus den Ausschluß Sterns und er-

# Blutige Arbeiter- und Studenten-Demonstrationen in Madrid.

### 32 Verletzte.

Madrid, 26. März. (Sabas.) Die Unruhen und Demonstrationen in den Straßen von Madrid dauerten auch während des gestrigen Abends und in der Nacht an. Gruppen von Arbeitern und Studenten durchzogen die Straßen, indem sie Hochrufe auf die Revolution ausbrachten. Die Polizei mußte mehrmals einschreiten und von der Waffe Gebrauch machen. Bei einem Zusammenstoß am Rittersplatz wurde ein Arbeiter schwer verletzt. Vor dem Theater der Infantin Isabella überfielen demonstrierende Arbeiter einen royalistischen Adligen, der rief: „Es lebe der König!“ Nur dem rechtzeitigen Eingreifen der Polizei ist es zu verdanken,

daß er nicht verprügelt wurde. Republikanisch gesinnte Studenten überfielen das Gebäude der nationalistischen Studenten, der sogenannten Legionäre, die mit einer Schikherei erwiderten, wobei einige Personen verletzt wurden. Die Gesamtzahl der Verhafteten beträgt 16; die der Verletzten 32, darunter befinden sich 12 Polizisten. Verstärkte Polizeipatrouillen durchkreuzten während der ganzen Nacht die Straßen der Stadt.

Barcelona, 26. März. Die Studenten der Universität beschlossen, zum Zeichen der Solidarität mit ihren Madrider Kollegen, zu streiken.

# Stimmen des Auslandes.

### Das Blatt der englischen Arbeiterpartei.

London, 26. März. (Tsch. P.-B.) Das Organ der Arbeiterpartei „Daily Herald“ schreibt in dem „Ein Fehler Deutschlands“ überschriebenen Leitartikel, der Schritt der deutschen Regierung sei ebenso bedauerndwert als unverständlich. Die Erklärung Brüning's, es sei nicht zulässig, daß sich der Völkerbund mit der deutsch-österreichischen Zollunion befaße, übersteige stark selbst den einfachsten Mangel an Höflichkeit. Es stehe weder Deutschland noch irgendeinem anderen Staate zu, darüber zu entscheiden, worüber der Völkerbundrat debattieren soll oder nicht. Laut Artikel 11 des Völkerbundespaktes hat jedes Mitglied des Völkerbundes das Recht, den Rat auf jede Angelegenheit aufmerksam zu machen, die seiner Ansicht nach die guten Beziehungen zwischen den Staaten bedroht. Außerdem hat der Völkerbund das Recht, jeden Fall einer Verletzung der übernommenen Verpflichtungen zu untersuchen.

### Die Pariser Blätter.

Paris, 26. März. (Tsch. P.-B.) Die Pariser Presse spricht ihre Befriedigung über die von Henderson und Briand getragene Lösung aus, daß Deutschland und Oesterreich auf diplomatischem Wege zur Einstellung der Verhandlungen über die Zollunion bis zur Mai-Tagung des Völkerbundes ratifiziert werden sollen.

In der „Ere Nouvelle“ stimmt Herriot mit dem Vorgehen Briands überein, und sagt, die deutsch-österreichische Einigung bedrohe nämlich nicht bloß die Europa-Union, sondern auch den Frieden. Herriot kritisiert scharf sowohl die Art, wie die Vereinbarung getroffen und der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, als auch ihren Geist.

Auch die übrigen radikalen und Linksbätter kritisieren scharf die deutschen Blätterstimmen, denen zufolge die Vereinbarung in den Rahmen der Europa-Union falle.

### Berliner Stimmen.

Berlin, 26. März. (Tsch. P.-B.) Die Berliner Morgenblätter beschäftigen sich mit dem Besuch des britischen Botschafters beim Reichskanzler und dem Besuche des britischen Gesandten in Wien bei Dr. Schöber. In allen Neuherungen kommt zum Ausdruck, daß der britische Außenminister Henderson bei der Stellungnahme zu dem deutsch-österreichischen Zollabkommen dem Druck Briands unterlegen ist.

Der „Vorwärts“ schreibt, man könne nur wünschen, daß es schon vor der Mittagung gelingen möge, Europa zu überzeugen, daß die geplante Zollunion mit den bestehenden Verträgen übereinstimme.

Der „Vorsencourier“ betont, daß der Völkerbundrat nur dann eine Möglichkeit hätte, gegen den deutsch-österreichischen Zollunionplan vorzugehen, wenn dieser mit einer Beeinträchtigung der österreichischen Unabhängigkeit verbunden wäre.

ledigte dann die restlichen Immunitätsfälle. Ein Antrag der Kommunisten, daß der Außenminister noch heute im Plenum über die Zollunion referieren solle, wurde abgelehnt.

Zum Schluß beantwortete der Vorsitzende die Anfrage des Abg. Peters hinsichtlich der kürzlichen Konfiskation einiger Blätter wegen der Wiedergabe einer harnisvollen Stelle aus einer Rede Sabas. Kopeck vertrat den gewiß ansehnlichen Standpunkt, daß das Präsidium für derartige Fehler der offiziellen Parlamentskorrespondenz nicht hafte, doch gab er die Versicherung, es seien inzwischen Maßnahmen getroffen worden, um die Presse zuverlässig über Konfiskationen zu verständigen, die das Parlamentspräsidium in Reden von Abgeordneten nachträglich vornimmt.

Nach der Plenarsitzung tagten außer dem Budget- und Verkehrsausschuss, über die wir oben berichteten, noch der Untersuchungsausschuss, der lediglich den tschechischen Genossen Koudelka zum Referenten in der Strömung-Sache wählte. Der Gewerbeausschuss beschloß, für die Verhandlung der Vorlage, die die Neuerrichtung von Zuckerraffinerien von der Zustimmung der einschlägigen Ministerien abhängig machen soll, um eine Fristverlängerung von 14 Tagen anzufordern.

# Jugend, wir rufen dich!



Wandere mit uns hinaus in die Wälder und auf die Berge. Verbringe deine lange Freizeit im Kreise Gleichgesinnter. Jeder Barsche und jedes Nädel bekommt einmal Lust, in die weite Welt hinaus zu wandern. Schließe dich uns an! Die Arbeiterjugend soll Körper und Geist kräftigen, sie soll nicht willenlos allen feichten Vergnügungen nachgehen. Tanzsaal und Gasthaus sollen nicht die Erholungsorte an den wenigen freien Stunden sein. Kein! Junge Menschen gehören hinaus in die frische Luft, sie sollen in der Sonne wandern, sie sollen Wälder, Berge und Seen kennen lernen. All dies will euch die sozialistische Jugend zeigen. Deshalb sollen sich alle jungen Menschen dem Sozialistischen Jugendverband anschließen.

# Jugend, wir rufen dich!

## Hermann Müllers letzte Fahrt.

Berlin, 26. März. (Eigenbericht.) Ein Trauerzug von gewaltiger Ausdehnung hat heute den verstorbenen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Genossen Hermann Müller auf seiner letzten Fahrt begleitet. Gegen vier Uhr versammelte sich der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion, ausländische Trauergäste und Vertreter der Organisationen aus dem Lande auf dem ersten Hof des Parteigebäudes in der Lindenstraße, wo die Leiche aufgebahrt war.

Genosse Weis vom Parteivorstand schilderte noch einmal in einer kurzen Gedächtnisrede das Lebenswerk Hermann Müllers. Er habe in den letzten zwölf Jahren das bittere Los des Parlamentarismus tragen müssen, stets dann die Verantwortung übernehmen zu müssen, wenn die anderen versagt hätten. Aber niemals habe er sich entmutigen lassen, sondern immer mit glühender Begeisterung für die Sache der Arbeiterklasse und für die Ideen des Sozialismus gekämpft. Genosse Vandervelde überbrachte letzte Grüße der Sozialistischen Internationale. Er erinnerte daran, daß Hermann Müller Ende Juli 1914 gemeinsam mit Joures den Krieg zu verhindern gesucht habe, und wie er zusammen mit Ebert und Haase nach dem Krieg für die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Boden der Demokratie und für einen dauernden Frieden gewirkt habe.

Hierauf setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Zuerst tausend Mann Reichsbanner mit Fahnen und Musik; ihm folgten der Leichenwagen und unzählige Kränze mit einem Ehrengeleit der Arbeiterjugend und der Roten Falken, dann wieder tausend Mann Reichsbanner. Daran schlossen sich der Parteivorstand, die auswärtigen Delegationen — unter ihnen die Genossen Tausch für die deutsche und Habrman für die tschechische Sozialdemokratie, für Oesterreich Dr. Renner und Seih, für Frankreich Leon Blum, für die Internationale Vandervelde und Adler — und die Reichstagsfraktion. Weiters folgte die Arbeiterjugend von Groß-Berlin und schließlich die Parteigenossen aus den Berliner Organisationen.

Vor der Reichslanzei machte der Zug halt. Reichskanzler Brüning legte einen Kranz der Regierung auf den Sarg nieder mit einem Gruß für den Mann, dessen Hinscheiden das deutsche Volk tief und schmerzlich beklage, dessen Andenken es aber in Dankbarkeit in Ehren halten werde. Auch der Reichspräsident und der Reichsrat ließen Kränze niederlegen.

Der Zug setzte sich wieder in Bewegung. Bis zum Reichstog wurde er von Mitgliedern der Regierung und den Leitern der Reichsbehörden geleitet. Vor dem Reichstog machte der Zug nochmals halt. Hier entbot Reichstagspräsident Genosse Voeb dem Toten den letzten Gruß des Reichstages.

Hierauf ging der Trauerzug durch den Norden Berlins bis zum Krematorium in der Gerichtstraße. Auf dem letzten Teil des Weges bildete Reichsbanner ein Fackelgeleit. Alle Straßen waren dicht mit Menschen gefüllt, die in tiefer Ergriffenheit den Trauerzug passieren ließen.

Im Krematorium sprachen Genosse Breitscheid Gedächtnisrede für die Reichstagsfraktion. Genosse Dill nahm namens der Arbeiterfraktion des Wahlkreises Franken von dem Toten Abschied und schließlich grüßte durch den Mund des Genossen Leon Blum die sozialistische Partei Frankreichs den toten deutschen Arbeiterführer.

# Anhigere Beurteilung in der tschechischen Presse.

In bezug auf den deutsch-österreichischen Zollunionvertrag ist in der tschechischen Presse seit gestern eine gewisse Beruhigung eingetreten. Am charakteristischsten ist die Stimme des dem Außenminister nachstehenden „Cesko Slovo“, das sich folgendermaßen äußert:

Die allgemeine Erregung, welche in der Vorwoche durch die ersten Nachrichten über den deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion hervorgerufen wurde, ebte langsam ab. Dies ist vor allem daraus zu erklären, daß das Wort nun den wirtschaftlichen und juristischen Sachverständigen überlassen wurde, welche vorläufig die vorläufigen Richtlinien, nach denen die endgültige Vereinbarung ausgearbeitet werden soll, prüfen und dann sich darüber aussprechen werden, wie das Projekt sich zu den geltenden internationalen Verträgen, welche die Grundlage der rechtlichen und politischen Situation Europas regeln, verhält. Das Studium der Projekte wird überdies einige Tage erfordern, in denen man das entscheidende Wort der wirtschaftlichen Sachverständigen, deren Urteil die Regierungen in Paris, London und Washington verlangen, abwarten muß. Dieses sachliche Vorgehen, welches von einigen Seiten als Zögern, ja sogar als direkte Zustimmung zur deutsch-österreichischen Aktion angesehen wurde, zeigt nur dafür, daß das Projekt sachlich und insbesondere nach der wirtschaftlichen und juristischen Seite geprüft werden wird. Wenn man dagegen einwendet, daß die tschechoslowakische ihren Standpunkt gleich im ersten Augenblick eingenommen hat, kann man darauf wieder nur mit dem Hinweis erwidern, daß das deutsch-österreichische Projekt uns nicht unvorbereitet getroffen hat, denn wir haben bei der Regelung unserer wirtschaftlichen Situation mit allen Eventualitäten gerechnet.

Im „Právo Lidu“ veröffentlicht der volkswirtschaftliche Redakteur des Blattes, Ing. Kříž, einen Aufsatz, in dem er zunächst die Schwierigkeiten hervorhebt, welche die Durchführung der deutsch-österreichischen Zollunion für die beiden beteiligten Staaten selbst mit sich bringen würde. Er fährt dann fort:

Wir zweifeln nicht daran, daß nicht nur diese Einigungen, sondern auch viele andere zu einer gewissen Mäßigung auf beiden Seiten, aber auch in dem ganzen aufgeregten Europa, führen werden. So kann man die Dinge nicht machen, etwas anderes wäre es, wenn Deutschland sich vor allem mit dem Westen, also mit Frankreich, einigen würde, damit die Einheiten entstehen, die sich mittelbar im Gleichgewicht befinden, wie das Briand will und wie es dem ursprünglichen Gedanken Paneuropas entspricht. Das ist bisher nicht geschehen und wird nicht so leicht geschehen. Andererseits hat das Geschicks allerdings die letzte Seite, daß eine nützliche Auseinandersetzung über Dinge eingeleitet wurde, welche Europa einmal machen muß, ob es will oder nicht, wenn es sich erhalten will. Und uns zeigt die Angelegenheit, daß wir in der Wirtschaftspolitik mehr Initiative haben müssen.







# Der Chorgesang am Arbeiter-Sängerbundesfest in Bodenbach.

Das Arbeiter-Sängerbundesfest, das am 27., 28. und 29. Juni 1931 in Bodenbach abgehalten wird, will der ganzen Öffentlichkeit, Freunden wie Gegnern, Sängern wie Sängern, Ausübenden wie Zuhörern in markiger, ausdrucksvoller Form zeigen, daß Arbeiter-sängerinnen und Arbeiter-sänger mit Lust und Liebe, aber auch mit ernster Zielsetzung alle Gebiete des Gesanges pflegen und im hohen Maße beherrschen. Der proletarische Gesang kann nur Massengesang sein. Und wie das Proletariat auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete das Erbe vergangener Zeiten übernommen hat und in seinem Sinne fortführt, so hat auch der Arbeiter-sängerbund sich der chorischen Gesangskunst bemächtigt, diese erweitert und im sozialistischen Sinne gefördert und entwickelt.

Das, was auf der großen Sängerfundgebung in Bodenbach gesunglich geleistet wird, soll in vier großzügigen Formen geboten werden.

1. Am Samstag, den 27. Juni, finden in Bodenbach, Teitschen, Altsdorf, Kroschwitz und Eulau abends gegen 8 Uhr Begrüßungsabende statt, wozumöglich bei Zesseltreiben, die von einzelnen Chorgruppen durchgeführt werden. Gesungen werden nur Chöre ohne Orchesterbegleitung, sogenannte K-Capella-Chöre, im Männer-, Frauen- und gemischten Chöre. Das Volkslied, das Kunstlied und das Arbeiterlied sind in gutgewählten Vortragsordnungen vertreten.

2. Am Sonntag, den 28. Juni, finden früh in zwei Abteilungen sogenannte Kulturelle Spitzenkonzerte statt. Vier Konzerte zu gleicher Zeit, und zwar von halb 9 bis 10 und vier von halb 11 bis 12. Die Aufführungsorte sind das Invalidenkino und das Schützenhaus in Teitschen, das Theater und das Variété-Kino in Bodenbach. Alle diese genannten Konzerte finden nur bei Zesseltreiben statt. Die Vortragsordnungen sind so gewählt, daß fast jede einzelne Aufführung nur Werke eines Großen im Reiche der Töne bietet. Die Mehrzahl der gesunglichen Darbietungen werden mit Orchesterbegleitung zu Gehör gebracht. Der rühmlich bekannte Volkshor Auffig bringt: „Haus der Verdammnis“ von H. Verloz zur Aufführung. Der Volkshor Bodenbach singt „Ruinen von Athen“ von Ludwig von Beethoven und „Weltliche Kantate“ von W. A. Mozart. Der Bezirkschor Teplitz-Schönan bietet „Kosamunde“, „Sondelfahrer“ und „Die Nacht“ von Franz Schubert; daran anschließend Arbeitergesangsverein Gorka Schuberts „Mirjam's Siegesgesang“. Der Gau Fischern-Karlshof zeigt sein Können in „Chorphantasie“ und „Die Ehre Gottes in der Natur“ von Beethoven. Der Arbeitergesangsverein Komotau läßt sich mit „Weltliche Kantate“ und „Kleine Kantate“ und zwei Chören aus „Jauberslöte“ von Mozart hören. Gau Rumburg erstert mit „Lied der Schmitzer“ von Riva, „Die Hunderttändigen“ von Elssler und mit einigen Chören von Uthmann. Die Gau Reichenberg und Goblitz haben ihr Konzert ganz dem Arbeiterkomponisten Uthmann gewidmet.

Am vollständig zu sein, sei erwähnt, daß vor halb 9 Uhr auf den verschiedenen Plätzen von Bodenbach und Teitschen, Pfaffingen stattfinden.

3. Am Sonntag nachmittags treten die Sängerinnen und Sänger nach einem kurzem Festzuge zu dem mehr als tausendstimmigen Massengesange auf der herrlich gelegenen Bühne des Waldtheaters hinter der Schäferwand an. Der grüne, stille Nadelwald als tiefenhafte Umfassung und der blaue Himmel als gewaltige Kuppel bilden den idealsten Konzertsaal. Männerchöre, geleitet vom Bundeschorleiter Weichert, und Frauen- und gemischte Chöre unter Führung des Bundeschorleiters Jelenka werden die Nacht des Proletariats durch das Lied veranschaulichen. Der Eigenart der Bühne entsprechend, sind nur Volks- und Kampflieder in die Vortragsfolge aufgenommen worden; denn Kunstlieder, die eine äußerst feine Vortragsweise verlangen, eignen sich nicht zum Vortrag im Freien.

Männerchorarrangierungen sind folgende: „Frühlingsstürme“ von Beer, „Arbeiterlied“ von Bringsheim, „Sonnenhymne“ von Mussorgski, „Kriegsardenmarsch“ von Scherchen und die Volkslieder „Antrene“ und „Ach, du klarblauer Himmel“.

Im gemischten Chöre wird gesungen: „Auf“ von Berner und „Morgentrot“ von Otto de Nobel.

Der Frauenchor stellt sich ein mit „Lied der Arbeiterin“ von Kolbe und mit dem Volkslied „Das stille Tal“.

Abgeschlossen werden die gesunglichen Leistungen durch ein eigenes für das Bundesfestfest geschaffenes Festspiel: „Das Lied im Leben des Arbeiters“, dessen Verfasser E. Thöner, Teplitz-Schönan, ist. Die Musik dazu schrieb Bundeschorleiter Weichert und Professor Franz, Auffig. Im Wort, Ton und Lied, aber auch in dramatischer Handlung proletarischer Vereinigungen wird das Lied verherrlicht als ein treuer Vespeler des arbeitenden Menschen, sei es in Freud und Leid, sei es in stürmender Jugend oder im beruhigenden Alter, sei es bei schaffender Arbeit oder bei erquickender Ruhe.

Diese Vortragsfolge beweist wohl, daß der Arbeiter-sängerbund und seine Mitglieder ihre ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Kulturbewegung stellen. Deswegen muß es für jeden,

dem es seine geistlichen Mittel halbwegs ermöglichen, ein Gebot der Massenverbundenheit sein, das Bundesfest in Bodenbach am 27., 28. und 29. Juni 1931 zu besuchen. F. S.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik Die Frage des Doppelverdienstes in Deutschland.

Im Rahmen des AFA-Bundes, der großen Spitzenorganisation der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten Deutschlands, ist neuerdings in einer Unterabteilung die Frage des Doppelverdienstes zur Behandlung gelangt. Aus den bei dieser Gelegenheit bekanntgewordenen Zahlen geht hervor, daß von den drei Millionen verheirateten erwerbstätigen Frauen 2,5 Millionen als mithelfende Familienangehörige, 708.000 als Arbeiterinnen, 309.000 als Selbstständige, 75.000 als Angestellte, 44.000 als Hausangestellte und 7000 als Beamtinnen arbeiten. Da niemand daran denkt, die selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie die in besonderen Arbeitsgebieten der Frau Tätigen durch andere bezahlte Arbeitskräfte zu ersetzen, bleiben bei genauer Berechnung vielleicht 50.000 verheiratete weibliche Angestellte in höheren Bezügen übrig, deren Erwerbsarbeit wahrscheinlich nicht unbedingt zum Lebensunterhalt der Familie notwendig ist. Damit ist zahlenmäßig der wahre Umfang der Möglichkeiten des Doppelverdienstes bei verheirateten Frauen festgestellt. Dessenungeachtet wird und kann jedoch das Thema des Doppelverdienstes nicht aus der Debatte verschwinden, solange die Arbeitslosigkeit so groß ist wie zur Zeit. Die genannte Verlesung nahm deshalb zum Inhalt eine Resolution an, die von Interesse ist, daß der AFA-Bund auf diesem Gebiet immer besonders konsequent war. Diese Entschließung besagt in der Hauptsache, daß die von den freien Gewerkschaften erhobenen Forderungen in erster Linie dahingehen müssen, den Arbeitsmarkt dadurch zu entlasten, daß Nichterwerbsbedürftige aus dem beruflichen Wettbewerb ausgeschaltet werden. Als solche sind alle diejenigen anzusehen, die Nebeneinkünfte einer zweiten Einkommensquelle besitzen. Es ist daher zu fordern, daß Doppelverdiener (in Deutschland kommen hier insbesondere pensionierte Beamte und Offiziere in Betracht) ihre Arbeitsplätze für solche Arbeitnehmer zu räumen haben, die lediglich auf ihr Arbeitseinkommen angewiesen sind.

## Ein Getreidemoropol in Bulgarien.

Die bulgarische Zabränje hat das Gesetz über die Gründung der Zentraldirektion für den Getreideexport angenommen. Mit diesem Gesetz versucht die bulgarische Regierung auf folgende Weise die Agrarkrise zu beheben. Die Zentraldirektion eine staatliche Institution wird von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, bestimmten Banken sowie auch von Privatausleuten bis zum 30. Juni (so lange dauert einstweilen die Befugnis) alle Getreidearten aufkaufen und zwar Weizen um 4 Lewa, Hülsenfrüchte um 3,5 Lewa, die übrigen Getreidearten um 3 Lewa pro Kilo franko Schwarzmeerhafen. Der Weizen wird zu 50 Prozent, die übrigen Produkte zu 75 Prozent mit Bons bezahlt werden, die ausschließlich zur Steuerzahlung verwendet werden können, die

## Im Banne der Lotterie.

### Das Volk Italiens schwört auf einen Küster!

Rom, Anfang März. In Deutschland ist vor wenigen Tagen das Große Los der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie herausgekommen. Das Glück erreichte viele, die es brauchen können. Ausführlich wurde man über die üblichen, stets etwas sentimentalen Szenen unterrichtet, die sich bei der Bekanntgabe der Glücksnachricht abspielten. Der eine Bericht dürfte Selbsterkenntnis wert haben: der von dem kleinen Bauern, der zu dem Lotteriekollektor, der ganz aufgeregt zu ihm gestürzt war, sagte: „Das hätten Sie mir doch auch schriftlich mitteilen können! Das hätte doch Zeit gehabt.“ Man muß sich merken: es ist dessen, wo es noch so ruhige Leute gibt.

### Ueberraub Zauberbuden.

Es ist interessant, auch einmal einen Blick in ein anderes Land zu werfen. Italien steht beispielweise eigentlich immer im Zeichen der Lotterie. Jeden Sonnabend ist Ziehung. Jede Woche steht der Staat viele Millionen ein und zahlt wenig aus. Noch im Kleinsten und weitabgelegenen Ort hat er jene hübschen und armenigen Lotteriebuden, auf denen als Schild das Wort „Banco Loto“ steht und das immer wieder Tausende anlockt. Eine lächerliche Zauberbude, die man in größeren Städten zu Tausenden in allen Stadtecken antreffen kann und deren Zauberei man nicht begreift, wenn nicht aus dem ewigen Verlangen nach einem hübschen Glück, aus einer natürlichen und unausrottbaren Sehnsucht, die sich hier auf merkwürdige und groteske Art mit einem unausrottbaren Aberglauben paart. Denn nur aus Aberglauben, der aus jedem großen und kleinsten Geistesblitz des Lebens sich seine Ziffern nach tabulistischen Formen zusammenstellt, kann man auf die Gewinnmöglichkeit dieses Lottospiels hoffen. Die Amoral des Lottospiels als staatlicher Einrichtung liegt gerade in diesen äußerst geringen Gewinnchancen. Jede andere Staatslotterie oder staatlich genehmigte, setzt so und soviel Gewinne und Prämien auf so und so viel Lose aus. Beim Loto ist die Zahl der Lose und die

Lesen Bücher. Wissen ist Macht.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Bücher sind Freunde. Bücher sind Gefährten.

Verlangt überall

VOLKSZUNDER SOLO A.S.I.

FÜR OSTERSPEISEN BRAUCHEN SIE POLARIN UND SANA!



ALLES GERAT BESSER

Mit POLARIN-Speisefett wird der Braten saftig, knusprig und schmackhaft, ganz wie Sie ihn haben wollen. Und SANA hilft Ihnen ganz wundervoll beim Backen. Sie läßt sich rühren und kneten, daß es eine Freude ist. SANA ist einfach unentbehrlich!

SANA UND POLARIN

gierbar sind und deren Umlaufzeit bis 30. September 1931 dauert. Die heimischen Mühlen sind verpflichtet, das Getreide ausschließlich von dieser Zentraldirektion zu beschaffen, welche nach die Marktpreise festlegen wird.

Zusammenbruch der Weizenpreise in Kanada. Nach den Angaben des kanadischen statistischen Amtes beläuft sich der Wert der kanadischen Weizenenernte des letzten Jahres, die mengenmäßig hervorragend ist, und die vorangegangene Ernteerträge übertrifft, auf etwa 270 Millionen Dollar. Das bedeutet den völligen Zusammenbruch der Weizenpreise, denn die Ernte des Vorjahres hatte noch 471 Millionen Dollar, die des Jahres 1928 sogar 683 Millionen Dollar gebracht. Der gegenwärtige Weizenpreis — 7,60 Mark je Doppelster — deckt in den wenigsten Fällen die Selbstkosten, so daß hunderte von Farmern in diesem Jahre die bestellten Flächen nicht aberten werden, falls die Preise auf dem bisherigen niedrigen Stand stehen bleiben.

Presse berichtet spaltenlang und getreulich von seinen unsehnbaren Voraussetzungen, weniger von Erfolgen allerdings. Tatsächlich aber gab es vor drei Jahren einen Lotowaisen, der ein paar Wochen lang mit den vorausgesetzten Nummern erstaunliches Glück hatte. Kein politisches Ereignis interessierte damals so, wie dieser Glücks-Fall.

### Die Rabatta des Loto.

Und dann die Literatur, die man zu Rate und Hilfe zieht! Das ist eine ganze Industrie: die „Weisen“, die „Hellscher“, die „Traumdeuter“, die Verfasser der „Rabatta des Loto“, deren bekannteste und am meisten gebrauchte, „die einzige und wahre“, alle Ziehungsnummern des Glücksrades von Rompel seit dem Jahre 1682 bis zur Gegenwart enthält. Aus der Rabatta kann man ableiten, welche Zahlen dem oder jenem privaten oder öffentlichen Ereignis entsprechen. Wer sich verlobt oder verheiratet, wenn ein Kind geboren wird oder wenn ein Verwandter stirbt, wenn ein Unglücksfall zutrifft, oder ein besonderer Glücksfall, der hat als leidenschaftlicher Lotospieler nicht zuerst an Frau, Kind oder der Toten zu denken, sondern an die Daten, die mit ihnen zusammenhängen und sich zu einem Ambo, Terno oder gar zu einer Quaterna fügen lassen.

### Wie böse Vorzeichen entstehen.

Selbst Straßenunfälle und Alltagstragödien der Leidenschaft sind sehr beliebt, zum Spiel natürlich. Denn als Zuschauer oder als Leidtragender hat man immer die Chance, aus den Nummern der beteiligten Autos, Straßenbahnen oder Schulheute, aus den Lebensdaten der Ueberfallenen sich seine Glücksnummer zu fügen. Und man kann oft genug beobachten, wie die Leute, nicht einmal besonders heimlich, sich diese Nummer gleich auf der Straße anfertigen. Öffentliche große Ereignisse, wie z. B. die Daten des Verhängungsvertrags mit dem Vatikan, wurden und werden in ungeheurer Teilnehmerzahl ausgespielt. Und der Zufall, nein doch, die göttliche Vorsehung der Glückseligen, wollte es, daß einige Zahlen des Verhängungsvertrages wirklich gewannen. Die aber die Daten nach anderen Kombinationen zusammengesetzt hatten und nicht gewannen, sahen darin ein böses Vorzeichen für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Vatikan und Regierung.

### Zämtliche Zähne und zwei Oberseiten.

Ein Fall von Figuren und ergötlichen Geschichten inspirieren das bunte Panoptikum des Loto. Da ist beispielweise die Sache mit dem Turiner Advokaten, der sein Vermögen und die Einlagen seiner Klienten mit wöchentlichen großen Einlagen verpielte und selbst im Gefängnis nicht verweilte und weiterpielte, bis zu der kleinen Hausfrau, die sich alle gesunden Zähne sieben ließ, weil sie für jedes Zahnziehen von ihrem Manne 10 Lire verlangen konnte, die sie verpielte, aber um den Vorwand zur Wahrheit zu machen, sich doch jedesmal einen Zahn ziehen lassen mußte, was in der Politik kostenlos möglich war. Und dann ist da die Geschichte von jenem Bauern, der jüngst seinen Buden zum Klosterbruder schickte (die und alle Kirchenmänner sind in Südtirol für Voraussetzungen besonders beliebt) und nach den „richtigen“ Zahlen fragen ließ. Der Vater gab dem Jungen zur Antwort zwei Christigen und schenkte die Bauer aus diesem „Ereignis“ selber die richtigen Zahlen zusammen und — gewann ... F.



